

14. Januar 2022, / Zwickauer Zeitung

Gegenwind für Rathauschefin wegen Marienthaler Radstreifen

Gegenwind für Rathauschefin wegen Marienthaler Radstreifen

Im Bauausschuss wollte OB Arndt den Verkehrsversuch erläutern. Der Streit um das Projekt hat sich allerdings dadurch eher noch zugespitzt.

Von Frank Dörfelt

Zwickau - Der Radstreifen entlang der Marienthaler Straße im gleichnamigen Zwickauer Stadtteil sorgt weiter für Wirbel. Nachdem Oberbürgermeisterin Constance Arndt (BfZ) eine im Raum stehende Sondersitzung des Rates abgelehnt hatte, ist es am Mittwoch im Bauausschuss zu dem vereinbarten Treffen gekommen, mit dem die OB die seitens einiger Stadträte erhobene Drohung einer Klage vor Gericht abwehren konnte. Arndt hatte angeboten, das Vorhaben ausführlich zu erläutern und Bedenken auszuräumen. Stattdessen erntete sie im Nachgang heftige Kritik.

Nach der Sitzung unter Ausschluss der Öffentlichkeit schimpfte Wolfram Keil (FfB): „Es war eine einseitige Propagandaschau.“ Die erhoffte Diskussion über Vor- und Nachteile sei ausgeblieben. „Viel mehr wurden die Nachteile gar nicht erst erwähnt.“ Keil wirft der Verwaltung vor, Politik zu machen, was ihr hier nicht zustehe. Über Radwege müsse der Stadtrat entscheiden. Die Verwaltung könne nur dann eingreifen, wenn es um die Verhinderung von Unfällen gehe. „Mit der Länge des Radweges hat sie ihre Kompetenzen überschritten“, wiederholt Keil seine Kritik.

Zumal er auch an der Begründung ernsthafte Zweifel habe. Die Verwaltung hatte sechs Unfälle von Radlern in Höhe der Weinhandlung angeführt. „Doch die Radfahrer sind praktisch beim Überqueren der Gleise hingefallen, ohne Beteiligung anderer“, sagt Keil. Ein Radweg löse dort das Problem nicht. Auch die CDU/FDP-Fraktion war von den Ausführungen der Oberbürgermeisterin nicht überzeugt. „Uns konnte niemand erklären, weshalb der Radweg über die Agricolastraße hinaus verlängert wurde“, sagt Fraktionschef Thomas Beierlein. „Darauf erwarten wir eine Antwort.“

Wolfram Keil wirft der Verwaltung zudem vor, ein Schreiben der Städtischen Verkehrsbetriebe (SVZ) geheimzuhalten. Darin befürchte die SVZ Schäden und hohe Reparaturkosten, wenn der gesamte Verkehr über die Straßenbahngleise geführt werde. Die Anlagen seien dafür nicht ausgelegt. Außerdem sei die Rede von drei Gefahrenbremsungen von Bahnen, nachdem Autofahrer ohne Anzeige die Richtung geändert hatten.

Ein juristisches Gutachten soll klären, ob die Ausweitung des Radstreifens über die Agricolastraße hinaus zulässig ist. Davon machen CDU/FDP und FfB das weitere Vorgehen abhängig. Noch bevor dieses vorliegt sorgt es für neuen Zündstoff, weil die Verwaltung laut Keil eine Kernfrage durch eine eigene, ihr genehmere Formulierung ersetzt haben soll. „Sollte es sich um ein Parteiengutachten handeln, werden wir das nicht akzeptieren“, sagt Keil.

Anders sieht man das bei den Linken, die sich bei zunehmenden Radverkehr für mehr Radwege aussprechen. Martin Wieth: „Die Präsentation der Stadtverwaltung war an sich schlüssig und verständlich.“

Während die Stadträte in das Vorhaben einbezogen werden wollen, hatte die OB bisher argumentiert, dass bei einem Verkehrsversuch die Verwaltung allein entscheide. Auf den Verlauf der Sitzung vom Mittwoch wollte das Rathaus nicht eingehen. Der Versuch werde in gleicher Form bis September oder Oktober weitergeführt und verlaufe „ruhig und unauffällig“, teilte die Pressestelle mit.

Bildtext: Da die Fahrspuren für Radler reserviert sind, müssen Autos den Gleiskörper nutzen. Foto: Mario Dudacy

Dazu ein Leserbrief unseres beratenden Bürgers:

Sehr geehrte Damen und Herren,
man kann über den Verkehrsversuch auf der Marienthaler Straße durchaus geteilter Meinung sein. Auch ich bin nicht mit allen derzeit versuchsweise angeordneten Regelungen einverstanden. Allerdings wird in o.g. Artikel sehr einseitig über eine nichtöffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses berichtet. Nichtöffentlich deshalb, weil es darum ging, zunächst einem Fachausschuss die rechtliche Sichtweise der Verantwortlichen und die sachlichen und fachlichen Grundlagen für den Verkehrsversuch zu erläutern. Dies ist aus meiner Sicht - und ich war, anders als der zitierte CDU - Fraktionschef Thomas Beierlein, persönlich anwesend - durchaus gelungen. Es war deutlich das Bemühen der Verwaltung zu spüren, die Diskussion zu versachlichen und auch zu vermitteln, dass man wohl gelernt hat, dass man manche Dinge im Vorfeld besser kommunizieren sollte. Ohne auf Details einer nichtöffentlichen Sitzung eingehen zu wollen, kann ich sagen, dass die Präsentation der Verwaltung und die anschließende Diskussion in einer sachlichen, ruhigen und von gegenseitigem Respekt geprägten Atmosphäre verlaufen sind. Dass dabei nicht alle Meinungsverschiedenheiten ausgeräumt werden konnten, ist nicht verwunderlich. Und wessen Rechtsauffassung die richtige ist, wird wohl an anderer Stelle geklärt. Verwunderlich ist hingegen die Ausdrucksweise des Herrn Keil, der im Ausschuss einen recht versöhnlichen Ton geführt hat, vor der Presse jedoch offenbar seine eigene "einseitige Propagandaschau" aufführt. Leider verdient dann auch der Artikel den genannten Titel, denn er vermittelt den Eindruck, die Oberbürgermeisterin habe nach Gutsherrenart allein und eigenmächtig gehandelt. Dies ist jedoch nicht der Fall, denn an der Entwicklung des Verkehrsversuches haben viele Fachleute mitgearbeitet. Und dies sicher nicht in böser Absicht.
Eine Versachlichung der Berichterstattung, anstatt weiterer emotionaler Aufheizung wäre meiner Meinung nach angebracht. Und einseitige Berichterstattung mit Mutmaßungen wie "soll . . . einen Brandbrief der Städtischen Verkehrsbetriebe unter Verschluss gehalten haben" hat nichts mit kritischem Journalismus zu tun.
mit freundlichen Grüßen
Jürgen Weißmann